



Schrittmacher

Zeitung der DKP Berlin für die Charité- & Vivantes-Beschäftigten

Oktober 2016



10 Jahre Tarif- flucht sind genug

CFM-Geschäftsführung reagiert auf Warnstreik mit Provokation

Der Erfolg, erstmalig einen Tarifvertrag für mehr Personal an der Charité durchgesetzt zu haben, zeigt, dass es lohnt, wenn sich Beschäftigte gemeinsam auf den Weg machen, um für Besserungen ihrer Arbeitssituation zu kämpfen. Dies war auch ein weiterer Auslöser für die CFM-Kolleginnen und -Kollegen, ihrerseits wieder den Kampf um einen Tarifvertrag für die CFM-Beschäftigten aufzunehmen. „10 Jahre Tariffucht sind genug“ – mit dieser Losung ging die ver.di-Tarifkommission in die Verhandlungen.

In zwei Verhandlungsrunden demonstrierte die CFM-Geschäftsführung ihre arrogante Haltung gegenüber den berechtigten Forderungen nach gerechterer Bezahlung und verbesserten Arbeitsbedingungen. Diese Verweigerungshaltung sollte vor der dritten

Verhandlungsrunde seitens der Beschäftigten mit einem Warnstreik beantwortet werden.

Für den Warnstreik am 07.09. hatten die ver.di-Betriebsräte an den jeweiligen Standorten mit den Kolleginnen und Kollegen nochmals viele Gespräche geführt. An Zuspruch für die Forderungen, mit denen in die nächste Verhandlungsrunde gegangen werden sollte, mangelte es nicht. So war die Enttäuschung über die tatsächliche Beteiligung am Warnstreik – ca. 100 Kolleginnen und Kollegen waren im Ausstand – erst Mal groß. Doch die Teilnehmer auf der Kundgebung machten deutlich, dass sie sich dadurch nicht demotivieren lassen. Im Gegenteil, man schaute nach vorne. „Jetzt kommt es darauf an, zurück in die Betriebe zu gehen und den

➔ Fortsetzung auf Seite 2



Ausverkauf Pflege- heime

*Berliner Senat
verkauft Pflegeheime
an Heuschrecke*

28 Pflegeheime mit mehr als 4000 Plätzen hat die Berlinovo an die Deutsche Wohnen AG – eine von der Deutschen Bank gegründete, renditeorientierte börsennotierte Wohnungsgesellschaft mit US-Anteilseignern – verkauft. Dafür kassiert die hundertprozentige landeseigene Tochter 420,5 Millionen Euro. Damit will die einstige "Bad Bank" ihre hohen Schulden teilweise abbauen. Die betroffenen Heimbetreiber zahlen bisher eine Jahresmiete von 27 Millionen Euro. Man muss kein Prophet sein, um von steigenden Mieten, die letztendlich zu Lasten der Bewohner gehen, auszugehen. Das Immobilienvermögen der Berlinovo beläuft sich trotz der Verkäufe aktuell noch auf drei Milliarden Euro. Aber der Ausverkauf von Immobilien soll weiter gehen: Zielstellung für 2020 sei ein Wert von zwei Milliarden Euro. Hier sollte der Berliner Steuerzahler aufmerksam sein. Wovon sollte er einst die komplette Berlinovo für 70 Millionen Euro verkaufen.



GEW- Arbeitskampf ausgesetzt

Noch kein historischer Erfolg bei der Durchsetzung einer tariflichen Bezahlung für Lehrkräfte

Nicht einmal jede fünfte Lehrkraft, die zum neuen Schuljahr an einer Berliner Grundschule angestellt wurde, hat das Grundschullehramt studiert. Nur wenige Pädagogen von außerhalb wollen in Berlin arbeiten, denn hier gilt keine tarifliche Entgeltordnung – die Verwaltung legt die Bezahlung der Lehrkräfte einseitig fest. Für tarifliche Bezahlung streikten dieses Jahr Tausende angestellte Lehrkräfte an insgesamt 5 Tagen. Nun hat die GEW die Arbeitskämpfe ausgesetzt, nachdem die SPD-Senatoren für Finanzen und Bildung schriftlich erklärt haben, dass sie einige GEW-Forderungen erfüllen wollen. Grundschullehrkräfte sollen z.B. bei der Bezahlung den Oberschullehrkräften gleichgestellt werden.

Die Streikvorbereitungen der GEW für die gesamte erste Schulwoche haben insofern Wirkung gezeigt, dass die SPD für die Forderung „Gleiches Geld für gleichwertige Arbeit“ nun im Wort steht. Die Gewerkschaft wird an Hand des Koalitionsvertrages voraussichtlich im November über weitere Arbeitskämpfe entscheiden. Koalitionsverträge waren aber schon oft nicht viel mehr als geduldiges Papier.

Das Land Berlin, dessen Politiker im Wahlkampf viel vom Ende des Outsourcing im Öffentlichen Dienst schwadronierten, ließ es zu, dass in ihrem Verantwortungsbereich die Beschäftigten der CFM zudem mit weiterem Outsourcing bedroht wurden.

» Fortsetzung von Seite 1

Kolleginnen und Kollegen deutlich machen: Wenn ihr wollt, dass ihr von der Bezahlung eurer Arbeit auch leben könnt und nicht zusätzlich noch mit Hartz IV aufstocken müsst, wenn ihr weitere Verschlechterungen bei den Arbeitszeiten, Ausdehnung der Befristungen und weitere skandalöse Zumutungen endlich stoppen wollt, dann müsst ihr auch selbst mit rausgehen, damit deutlich wird, dass die Forderungen des Betriebsrates durch die Kampfbereitschaft und aktive Unterstützung der Beschäftigten getragen werden.“, so ein Redner.

Die CFM-Geschäftsführung verstand die geringe Beteiligung am Warnstreik als Signal, in der dritten Verhandlungsrunde die Respektlosigkeit gegenüber der Belegschaft nochmals zu toppen. Ihr „Angebot“: Keine Lohn-erhöhung! Dafür aber Verschlechterungen bei den Arbeitszeiten, weniger Mitspracherechte des Betriebsrats usw. Die ver.di-Betriebsgruppe hat hierüber die Kolleginnen und Kollegen ausführlich informiert.

Das Land Berlin, dessen Politiker im Wahlkampf viel vom Ende des Outsourcing im Öffentlichen Dienst schwadronierten, ließ es zu, dass in ihrem Verantwortungsbereich die Beschäftigten der CFM zudem mit weiterem Outsourcing bedroht wurden. Das zeigt die Härte der Auseinandersetzung.

Wenn sich die Beschäftigten nicht wie Kälber zur Schlachtbank führen lassen wollen, muss auf diese ungeheure Provokationen unbedingt eine

deutliche Antwort erfolgen. Deutlicher als bisher! Das Signal muss sein: Damit kommen sie nicht durch!! Jedem einzelnen Kollegen, jeder einzelnen Kollegin muss klar sein: Jetzt müssen alle mitmachen! Wir, die Deutsche Kommunistische Partei (DKP), unterstützen den Kampf der Beschäftigten.



Aufruf an die Schrittmacher- Leserschaft

*Liebe Leserin,
lieber Leser,*
seit über 10 Jahren gibt es nun schon den Schrittmacher, der aller 2 Monate verteilt wird. Wir sind natürlich auch an Eurer Meinung interessiert. Schreibt uns Leserbriefe, gebt uns Hinweise und Tipps. Eure Briefe bitte an:

Deutsche Kommunistische Partei
Landesorganisation Berlin
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin

Tel.: 030.29783132
Büroöffnungszeiten:
Mo. - Do. 16 Uhr - 19 Uhr
Mail: info@dkp-berlin.info

Eure Schrittmacher-Redaktion



Große Koalition abgewählt

*Partei DIE LINKE profitiert von der
Sorge vor einem Rechtsruck*

✦ Es ist schon eine Weile her, dass Wahlergebnisse der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus und die Bezirksverordnetenversammlungen mit solcher Spannung erwartet wurden. Die AfD sorgten mit ihrem rassistischen und nationalistischen Auftreten zu einer Polarisierung des Wahlkampfes. Die SPD ist als stärkste Partei aus dieser Wahl hervorgegangen, dennoch ist ihr Ergebnis eins der schlechtesten in der Berliner Geschichte. Die SPD – CDU Regierung wurde abgestraft.

DIE LINKE profitiert

Die Partei Die Linke ist die einzige im Abgeordnetenhaus vertretende Partei, die deutliche Stimmengewinne verbuchen konnte und die – nach der AfD – auch viele „Nichtwähler“ wieder zum Urnengang motiviert hat. Die Bundestagsabgeordnete der Linken, Gesine Lötsch, bringt es hierzu auf den Punkt: „Ich glaube, dass die Sorge vor einem Rechtsruck viele Menschen bewegt hat, Die Linke zu wählen.“ äußerte sie sich gegenüber der Tageszeitung „Junge Welt“ und in der Tat konnte man dies in den Diskussionen auf der Straße häufiger hören. Es spielte also weniger eine Rolle, dass gerade die Partei Die Linke viele Zustände in Berlin wie Ausgliederungen von Unternehmen in Dumpinggesellschaften, wie die CFM, zu verantworten hat. Hier setzt die

Linke auf ihre Aussage, sie hätte aus der Zeit der Regierungsbeteiligung gelernt. Es gibt aber keinen Grund, dieser Aussage zu trauen.

Stadträte aus Protest

Für Berlin hat das Abschneiden der reaktionären AfD konkrete Auswirkungen in den Stadtbezirken. Hintergrund ist, dass die gesetzlichen Regelungen für die Berliner Bezirke vorsehen, dass die Bezirksstadträte nach dem Parteienproporz vergeben werden müssen. Somit müssen Stadträte der rassistischen und nationalistischen Partei AfD beim entsprechenden Stimmenergebnis von der BVV bestätigt werden. Das ist in vielen Bezirken nun Realität geworden.

DKP: Konstant bescheiden

3467 Berlinerinnen und Berliner haben die DKP in Berlin gewählt. Mit nur kleinem Budget und einem kleinen Stamm von aktiven Wahlkämpfern war es nicht möglich, der Materialschlacht der großen bürgerlichen Parteien etwas entgegenzusetzen. So konnten auch kaum sichtbare Akzente gesetzt werden. Vor dem Hintergrund der schwierigen Gesamtsituation ist es schon ein kleiner Erfolg, dass Ergebnis in etwa gehalten zu haben. Die DKP in Berlin wird jetzt in die Vorbereitung der Bundestagswahl einsteigen und deutlich machen: Konsequente Opposition beginnt mit Widerstand gegen die herrschende Politik, inner- und außerhalb des Parlaments.

Britische Assistenz- ärzte unter Druck

*Septemberstreik nach
Hetzkampagne abgesagt*

Die Assistenzärzte wollten ursprünglich vom 12. bis zum 16. September tagsüber wieder in den Streik treten. Sechs mal hatten sie dieses Jahr schon gegen die neuen Verträge von Gesundheitsminister Hunt demonstriert, die die Arbeitszeit verlängern und ihre Zuschläge kürzen sollten. Zudem kämpfen sie für den Erhalt des staatlichen britischen Gesundheitssystems NHS. (Der Schrittmacher berichtete). Im Sommer hatten 58% nun einen Kompromiss als nicht tragfähig abgelehnt, der Vorsitzende ihrer Organisation BMA trat zurück. Der neue Vorstand rief zum Streik – ohne Notdienst wie schon im April. Nun begann eine wahre Hetzkampagne in den Medien. Man unterstellte den Ärzten, die Patienten zu gefährden. Hunt verbreitete, dass 100.000 Operationen und bis zu 1 Millionen Termine gestrichen werden müssten. Es folgten die Warnungen der Senior-Ärzte sowie Morddrohungen gegen die neue BMA-Vorsitzende, Dr Ellen McCourt. Das verunsicherte viele Assistenzärzte so stark, dass der Septemberstreik abgesagt werden musste. Eine schwierige Situation, die zeigt, wie hart der Gegenwind bei der Wahrnehmung demokratischer Rechte geworden ist. Und den Assistenzärzten ist zu wünschen, dass sie sich wieder auf ihre eigene Kraft besinnen und weiter für ihre berechtigten Anliegen kämpfen. Bessere Arbeitsbedingungen können nur gegen eine neoliberale Politik erkämpft werden.



Rente muss reichen!

DGB startet Rentenkampagne

Anfang der 2000er Jahre hatte die damalige SPD-Grüne Regierung beschlossen, die Kosten der Unternehmen für die Sozialversicherungen in Deutschland einseitig auf die Beschäftigten umzuverteilen. Hierzu gehörte unter anderem eine so genannte „Rentenreform“. Die Folge: Seitdem sinkt das Rentenniveau dramatisch. Im Klartext: Rentnerinnen und Rentner erhalten verglichen mit den Durchschnittseinkommen immer weniger Rente. Bis heute ist das Rentenniveau um etwa zehn Prozentpunkte gesunken. Nach Berechnungen der Bundesregierung wird es bis 2030 um weitere acht Prozent fallen – wenn sich nichts ändert. Da der Sinkflug der gesetzlichen Rente eine politische Entscheidung war, kann die Politik ihn auch stoppen und umsteuern, sagt der DGB und hat hierzu eine Kampagne bis zur Bundestagswahl gestartet.

Infos: rente-muss-reichen.de



Kontakt & Impressum:

Deutsche Kommunistische Partei
Landesorganisation Berlin
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin

Tel.: 030.29783132

Mail: info@dkp-berlin.info

Web: www.dkp-berlin.info

V.i.S.d.P.: R. Perschewski,
Franz-Mehring-Platz 1, Berlin



Über 300.000 gegen CETA und TTIP

Abwehrfront gegen Ausbeutungspakte steht

➤ Breite Ablehnung gegen die geplanten Handelsabkommen der EU mit den USA (TTIP) und Kanada (CETA) zeigte sich am 17. September bei den Demos in sieben deutschen Städten. Dutzende Organisationen vom DGB über ATTAC bis zu Verbraucherschutzorganisationen und Sozialverbänden hatten zum Protest gegen den Ausverkauf sozialer und demokratischer Standards aufgerufen. Es demonstrierten rund 320.000 Menschen.

Laut CETA müssten dann Landesbehörden, Kommunen und öffentliche Einrichtungen – darunter Kitas, Schulen, Universitäten, Pflegeheime und Krankenhäuser – die Beschaffung von Waren und Dienstleistungen oberhalb von rund 250.000 Euro transatlantisch ausschreiben – für netzgebundene Ver- und Entsorger im Bereich Wasser, Abfall, Energie und Verkehr würde ein Schwellenwert von rund 500.000 Euro gelten.

Kommerzielle Privatkliniken im (Teil-)besitz von nordamerikanischem Kapital wie z.B. die Helios-Kliniken könnten etwa gegen den Ausschluss aus den Krankenhausplänen mit den dortigen Ansprüchen auf Investitionsförderung oder gegen die Vorgaben über Bettenzahl und Qualifikation des Personals klagen.

CETA und TTIP erschweren die Möglichkeit, die Kommerzialisierung im Gesundheitswesen wieder zurückzudrängen, da das erreichte Niveau der Privatisierung bindend ist. Zudem schützt CETA den breiter Investitionsbegriff die Interessen der Anteilseigner an kommerziellen Kliniken oder Pflegeheimen. Dies wird den Handlungsspielraum nicht nur von Ländern und Kommunen einschränken. Nordamerikanische Investoren könnten auch in Mindestpersonalquoten, verstärktem Gesundheitsschutz oder Lohnerhöhungen eine Beeinträchtigung ihrer „legitimen Profiterwartungen“ sehen. Denn nach US-amerikanischem Verständnis gilt bereits die Schmälerung zukünftiger Gewinne als Enteignung und nicht wie bei uns erst die Wegnahme bereits im Besitz befindlichen Eigentums.

Wenn wir nicht wollen, dass Parlamente ihre demokratischen Rechte nicht mehr wahrnehmen können und unsere Daseinsvorsorge dem Interessen privater Konzerne preisgegeben wird, ist weiter dringender Widerstand gegen die Freihandelsabkommen nötig. Den von der SPD-Spitze und den bürgerlichen Medien verabreichten Beruhigungspillen, dass schon viel Verbesserungen bei den Verhandlungen um CETA erreicht worden seien und TTIP tot sei, darf man getrost misstrauen und ins Reich der Märchen verweisen.